

prager fröhling

* MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS

& queer

DIE LINKE.

Geschlecht und Sexualität. Nur ein Nebenwiderspruch?

Anmerkungen zum 1. Entwurf des Parteiprogramms von DIE LINKE



mit Beiträgen von

Caren Lay, Barbara Höll, Klaus Lederer, Jan Feddersen, Stefan Kalmring, Lena Kreck, Kolja Möller, Bodo Niendel, Anna Rinne, Jörg Schindler

Inhaltsverzeichnis

- 04 Einleitung
Lena Kreck & Bodo Niendel
- 05 Programm der Tagung
- 06 Queerer Kommentar zum Parteiprogramm
Barbara Höll
- 08 Queer Socialism. 10 Thesen zur Frage, was
queere Politik leisten kann
Kolja Möller
- 11 Den Neoliberalismus ernst nehmen
Bodo Niendel & Jörg Schindler
- 14 Das Kapitalverhältnis - ein Machtverhältnis
unter vielen?
Klaus Lederer
- 16 Klasse, Geschlecht, Gesellschaftskritik.
Sinn und Unsinn von Programmdebatten
Stefan Kalmring
- 19 Frauenpolitik und so Gedöns
Caren Lay
- 21 Partizipation und Kampf um gleiche Rechte
- ein transformatorisches Projekt?
Anna Rinne
- 24 Bürgerlich? Bürgerrechtlich!
Jan Feddersen



Mix it, baby!
Vielfalt leben. Respekt zeigen.

ein parteiprogramm ist ein parteiprogramm ist ein parteiprogramm



Lena Kreck

Juristin, Aufbaustudiengang Medizin-Ethik-Recht und derzeit Philosophie in Berlin, 2003 Bundesvorsitzende der JungdemokratInnen/Junge Linke. Seit 2005 Linksjugend [solid] und ab 2007 im ersten BundessprecherInnenrat des neuen Jugendverbandes, Redakteurin des prager frühling.



Bodo Niendel

Dipl. Politikwissenschaftler, im Vorstand von Queer Nations e.V. und Berliner CSD e.V., Gleichstellungs- und Queer-Referent der Bundestagsfraktion DIE LINKE sowie wiss. Mitarbeiter im Bundestagsbüro Dr. Barbara Höll.

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Tagung „Geschlecht und Sexualität. Nur ein Nebenwiderspruch? Anmerkungen zum 1. Parteiprogramm“ unternahm am 31. Oktober 2010 den Versuch, in die Debatte um die programmatische Gestaltung unserer Partei einzugreifen. Der prager frühling und die Bundesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE.queer eint der Wille, den ersten Entwurf aufheben zu wollen, nämlich ihn auf eine höhere Ebene zu hieven.

Doch warum? Papier ist geduldig. Nur wenige Parteiprogramme sind berühmt geworden: das Gothaer Programm der Sozialdemokratie wegen der gehaltvollen Kritik von Marx am Programm, das erste Programm der CDU wegen seiner Kapitalismuskritik oder das Godesberger Programm der SPD wegen seiner Ausrichtung der SPD als Volkspartei. Doch wen interessiert im schnelllebigen Medienzeitalter schon ein - zumeist schnell veraltetes - Parteiprogramm. Kennt jemand einen Satz aus dem aktuellen CDU-Parteiprogramm und ist es für deren Politik relevant? Oder handeln nicht alle Parteien nach der Maxime Adenauers: „Was schert mich mein Geschwätz von gestern.“

Wir sehen das anders. Die aktuelle Auseinandersetzung spiegelt die Kräfteverhältnisse - die hoffentlich nicht von Zentrifugalkräften bestimmt sind - wider; es geht um die zukünftige Ausrichtung; es geht um Zielgruppen; es geht um Gesellschaftsfähigkeit. Warum soll Geschlecht und Sexualität mit einem so großen Augenmerk versehen werden? Wir denken, dass ein Blick aus einer geschlechter- und sexualitätskritischen Perspektive erhellend ist, um einen demokratischen und sozialistischen Gesellschaftsentwurf zu entwickeln. Sexualität und Geschlecht betreffen alle Menschen. Wir wollen weder Marx noch Keynes noch Foucault zu Grabe tragen. Ihre Theorien stellen für uns gehaltvolle Analyseinstrumente dar, deren Aussagen wir aber nicht als Glaubenssätze behandeln. Wir wollen verstehen und verändern.

Der bisherige 1. Entwurf erscheint uns als einseitige schematische Darstellung. Wir unterstellen: Frauen werden im Programm nur als Objekte des männlichen Ernährers gesehen. Sexualität wird als selbstverständlich heterosexuell gedacht. Die (neuen) sozialen Bewegungen werden nur unzureichend gewürdigt. Klasse wird dogmatisch zu einer Glaubenskategorie erhoben. Der Industriearbeiter dient in alter Tradition als Vorbild. Familienmodell: Vater (Ernährer), Mutter (Hausfrau), Kind/er. Dies spiegelt nicht nur nicht die gesellschaftliche Realität wider, sondern diese Perspektive führt uns in eine analytische und - schlimmer noch - gesellschaftliche Nische.

Die letzten Wahlergebnisse geben zum Nachdenken Anlass. Gegen Hartz IV, Rente mit 67 und Afghanistaneinsatz zu sein, reicht nicht. Wir müssen uns der gesellschaftlichen Vielfalt der Moderne stellen. Wir müssen uns der Vielfalt annehmen, sie akzeptieren, sie leben und Konzepte für eine gerechte, sozialistische, demokratische sowie emanzipative Zukunft entwickeln.

Wir wollen mit dieser Dokumentation einen Beitrag zur Zukunft unserer Partei leisten.

Lena Kreck und Bodo Niendel

geschlecht und sexualität. nur ein nebenwiderspruch?

Anmerkungen zum 1. Entwurf des Parteiprogramms der LINKEN

Die Bundesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE.queer und der prager frühling haben zu einer Tagung eingeladen, welche am 31. Okt 2010 von 11 - 17 Uhr im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin stattfand.

„Dies ist doch bloß ein Nebenwiderspruch!“ Mit diesen Worten wurden Frauen und Männer immer wieder in den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien konfrontiert, wenn sie sich vom so genannten Hauptwiderspruch - Kapital gegen Arbeit - entfernten. Sexuelle Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen wurden so gerne klein gehalten. So beschimpften in Westdeutschland in den frühen 1970ern kommunistische Gruppierungen schwule Aktivisten als „kleinbürgerlich“, weil diese sich gegen den §175 wandten, obwohl sich die Mehrzahl der Aktivisten selbst als sozialistisch verstand.

Der Entwurf des Parteiprogramms erscheint uns abermals wie ein Projekt, welches den Fehler begeht, ein Machtverhältnis, die kapitalistische Vergesellschaftung, als einzig dominierendes darzustellen. Unsere Tagung versteht sich als Anmerkung und Kritik. Wir wollen als Mitglieder und SympathisantInnen der LINKEN an einem Projekt teilnehmen, das die Vielzahl der Machtverhältnisse berücksichtigt und den Kampf um sexuelle und geschlechtliche Teilhabe nicht in eine ferne Zukunft vertröstet.

Eröffnungsvorträge

Dr. Barbara Höll: Queere Anmerkungen zum 1. Entwurf des Parteiprogramms.

Kolja Möller: Queerer Sozialismus. 10 Thesen zur Frage, was queere Politik leisten kann.

Workshops

a) **Analyse:** In welcher Welt leben wir?

Inputs von Bodo Niendel & Jörg Schindler, Moderation Charsten Schatz

Der Entwurf des Parteiprogramms beschreibt zunächst die gesellschaftlichen Verhältnisse. Mit Begriffen wie „herrschende Klasse“ und „neoliberale Wende“ werden die letzten Jahrzehnte skizziert, doch entspricht die Beschreibung der Wirklichkeit?

b) **Theorie:** Das Kapitalverhältnis - ein Machtverhältnis unter vielen? Kapital, Arbeit und Geschlechterverhältnisse.

Inputs von Caren Lay & Stefan Kalmring, Moderation Dr. Klaus Lederer

Gesellschaft ist ein vertracktes Ding. Abstrakt lässt sich Gesellschaft z.B. als „Klassengesellschaft“ beschreiben. Doch wie stehen andere Formen der Macht wie z.B. patriarchale Herrschaft Rassismus und Heteronormativität, in Korrespondenz zum Kapitalverhältnis?

c) **Partizipation:** Ist der Kampf um gleiche Rechte ein transformatorisches Projekt?

Inputs von Christian Schenk & Kolja Möller, Moderation Anna Rinne

Die Frauenquote, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, aber auch das Transsexuellengesetz schaffen Möglichkeiten und Rechte im Hier und Jetzt. Doch inwiefern eröffnet der Kampf um Teilhabe unter den bestehenden Machtverhältnissen eine Perspektive, die über dieser Gesellschaft hinausweist?

Podiumsdiskussion: Vision - Queerer Sozialismus?

mit Dr. Barbara Höll, Dr. Klaus Lederer & Jan Feddersen, Moderation Lena Kreck & Bodo Niendel

„Wer Visionen hat, möge zum Arzt gehen“, raunte einst Bundeskanzler Helmut Schmidt und kanzelte damit den linken Flügel seiner Partei ab.

Doch wir haben Visionen und wollen uns die Frage stellen: Wie können wir eine Perspektive aus den heutigen Verhältnissen entwickeln, die einen Blick auf einen demokratischen Sozialismus eröffnet, der sowohl geschlechtergerecht als auch sexuell emanzipatorisch ist?

queerer kommentar zum parteiprogramm

Einführung in die Tagung



Dr. Barbara Höll

Jg. 1957, allein erziehend, konfessionslos, Studium der Philosophie an der Rostower Universität/ UdSSR. 1981 bis 1990 wissenschaftliche Assistentin an der Handelshochschule Leipzig, 1988 Promotion.

1990 bis 2002 Mitglied des Bundestages, 2004 bis 2005 direkt gewählte Landtagsabgeordnete des Freistaates Sachsen.

Seit 2005 steuerpolitische sowie lesben- und schwulenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Ich möchte mit einer kleinen Ausführung über die Norm und das Andere beginnen: Heterosexuelle Normen durchdringen auch noch die letzte Pore dieser Gesellschaft. Das Andere ist immer die Abweichung von der Norm.

Will man lesbische, schwule, transsexuelle und Transgender-Jugendliche ernsthaft unterstützen, müsste in Schule, Elternhaus und Gesellschaft sexuelle Vielfalt vermittelt werden. Denn wenn andere Formen als das heterosexuelle Begehren als normabweichend – selbst im positiven Sinne – gelten, so begreifen sich diese Jugendlichen immer als defizitär. So verwundert es nicht, dass das Selbstmordrisiko lesbischer und schwuler Jugendlicher um ein vielfaches höher ist.

Häufig wird eine Politik der Stärkung der sexuellen Vielfalt als Lesben- und Schwulenpolitik missverstanden. Selbst in alternativen Kreisen wird sie auf Homo-Ehe und CSD-Paraden verkürzt. Hierbei gelten Lesben, Schwule, Transsexuelle und Transgender wieder als die Anderen, die Nicht-Heterosexuellen, und damit als Abweichung von der gesellschaftlichen Norm.

Auch Frauen galten – und gelten zum Teil noch heute – als das „andere Geschlecht“. Das Geschlecht, das von der Norm, dem Mann, abweicht. Es hat lange, sehr, sehr lange gebraucht, um diese Sichtweise zu durchbrechen: Frauenwahlrecht, Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe, Kampf gegen den §218 und Frauenquote waren Etappen des Kampfes von Frauen – und sich solidarisierenden Männern – gegen eine patriarchale Ordnung. Auch bedeutet feministische Politik nicht „bemitleidenswerten Diskriminierten“ mehr Rechte zu gewähren, sondern die Strukturen der Gesell-

schaft, und damit auch das Bild von dem, was als männlich und weiblich gilt, zu verändern.

Mit der heutigen Tagung wollen wir in die Debatte um den Programmentwurf eingreifen, denn der Entwurf des Programms ist aus meiner Perspektive mit erheblichen Mängeln in Bezug auf die Berücksichtigung von Geschlecht und Sexualität verbunden.

Zwar heißt es im Entwurf:

„Ein Paradigmenwechsel in der Familienpolitik ist dringend notwendig und erfordert ein neues Familienbild. Neben verheirateten sind unverheiratete Eltern und Patchwork-Familien und auch die Partnerschaften von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und anderen, die sich nicht in die gängigen Geschlechterrollen einfügen, als Erziehende anzuerkennen.“

Doch dies wird an keiner Stelle konkretisiert. Ein Paradigmenwechsel in der Familien- und Geschlechterpolitik würde aber bedeuten, weit mehr verändern zu müssen:

- nämlich nicht implizit von einer „Normal“-Familie mit Vater, Mutter und Kind auszugehen, um nicht in einer heteronormativen Grundlage zu verbleiben,
- die Problematik allein erziehender Mütter und Väter entsprechend zu würdigen,
- fehlende Aufstiegschancen von Frauen deutlich anzugehen,

„Leider löst sich der Programmentwurf nicht von einem Bild der zwei Geschlechter.“





- die ungerechte Bezahlung vermeintlicher Frauenarbeit qualitativ neu zu bewerten,
- den Lohnunterschied von 26 %, die Frauen im Durchschnitt weniger als Männer verdienen, anzugehen,
- unser Verständnis von Arbeit nicht nur auf produktive Lohnarbeit zu beschränken und die geschlechtliche Zuschreibung von Reproduktionsarbeit als Frauenarbeit anzugehen,
- Strukturen zu schaffen, die es Frauen erlauben, ohne Doppelbelastung berufstätig zu werden,
- Regenbogenfamilien, also lesbisch/schwulen Familienkonstellationen, anzuerkennen,
- Patchworkfamilien in ihrer Vielfalt anzuerkennen,
- ein gemeinsames Adoptionsrecht für lesbische und schwule Paare zu erstreiten,
- die Ehe für Lesben und Schwule zu öffnen, also eine Rechtsinstitution, egal ob Homo oder Hetero, zu schaffen,
- die Ehe u.a. durch die Abschaffung des Ehegattensplittings zu entprivilegieren (nur dort, wo Kinder oder zu pflegende Menschen mit in einer Gemeinschaft leben, sollte dies mit

Vorteilen bspw. im Steuerrecht verbunden sein) und

- die schweren Menschenrechtsverletzungen an Transsexuellen und Intersexuellen zu bekämpfen.

In einer modernen sozialistischen Bürgerrechtspartei, die wir anstreben zu werden, gehören die genannten Punkte zwingend zu unserer Programmatik.

Leider löst sich der Programmwurf nicht von einem Bild der zwei Geschlechter, deren körperliche und soziale Rolle klar voneinander zu unterscheiden ist, und auch nicht von einem Bild der Geschlechter Mann und Frau, die sich gegenüberstehen und sich in ihrem Begehren aufeinander beziehen. Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität werden in einer Selbstverständlichkeit zu einer Einheit verbunden, wie es auch in unserem Programmwurf mal implizit und mal explizit formuliert ist. Frauen und „Andere“ werden zwar erwähnt, aber immer nur nachrangig, nach den Hauptforderungen.

Wir benötigen einen Perspektivwechsel, der die Rechte von „Anderen“

nicht nur in Halbsätzen erwähnt, sondern die tatsächlich vorhandene sexuelle und geschlechtliche Vielfalt der Lebensweisen der Menschen in den Vordergrund stellt. Dies ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche von der Sozial-, Familien- bis zur Rentenpolitik betrifft. Implizit geht der Entwurf von der unveränderlichen Normalität des Heterosexuellen und einer patriarchalen Ordnung aus.

Im Entwurf heißt es weiter:

„DIE LINKE versteht sich als Partei mit sozialistischem und feministischem Anspruch.“

Ich möchte nicht nur, dass wir diesen Anspruch haben. Wir sind in der Pflicht, dies auch umzusetzen. Ich möchte, dass wir eine feministische und sozialistische Partei sind, die einen demokratischen Sozialismus erkämpft, der geschlechtergerecht und sexuell vielfältig ist. Wir sollten nicht nur einen hehren Anspruch haben, wir müssen ihn auch leben. Hier geht es um mehr, als den „bemitleidenswerten Diskriminierten“ gnädig ein paar Rechte zu gewähren.

queerer sozialismus

10 Thesen zur Frage, was queere Politik leisten kann



Kolja Möller

Dipl.-Politikwissenschaftler. Früher war er unter anderem Bundesvorsitzender des radikal-demokratischen Jugendverbandes JungdemokratInnen/Junge Linke (2004/2005) und in der Landes- und Bundesschülervertretung (1999-2002) schwer schülerbewegt. Er studierte Politikwissenschaften, Philosophie und Jura in Frankfurt am Main und ist Redakteur des prager frühling.

1. Karl Marx beschäftigte sich nicht aus Arbeitertümelei mit dem Proletariat. Mit dem Proletariat enthüllt Marx die Entstehung eines „Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist, einer Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt und kein besonderes Recht in Anspruch nimmt, weil kein besonderes Unrecht, sondern das Unrecht schlechthin an [ihm] verübt wird [...]“ (MEW 1, 390). Das Proletariat ist die Klasse, der aufgrund ihrer besonderen Rolle in der bürgerlichen Gesellschaft ein allgemeiner Emanzipationsauftrag zukommt. Es ist nämlich diejenige Klasse, welche die bürgerliche Gesellschaft zu überwinden vermag und der es gelingen kann, eine Gesellschaft ganz ohne Klassen auf den Weg zu bringen. Wohlgemerkt ist nicht die Herrschaft des Proletariats das primäre Ziel, sondern die Aufhebung von Herrschaft generell. Damit ist ein voraussetzungsreicher Vorgang angesprochen: Das Proletariat muss sich selbst aufheben, seine eigene Existenzweise infrage stellen und sie schließlich überwinden.

2. Einen ähnlichen (nicht vollkommen deckungsgleichen!) Punkt machen m.E. neuere Ansätze der Queer-Theorie, insbesondere Judith Butler. Klassisch kämpft die queere Bewegung dafür, dass queere sexuelle Orientierungen nicht mehr diskriminiert werden und gleiche Rechte erhalten. Judith Butlers Verständnis unterscheidet sich jedoch von diesem klassischen Interessensvertretungsmodell. Denn an queeren sexuellen Identitäten werden wenigstens zwei Dinge deutlich:

- Das (konkrete) Unrecht der Heteronormativität und der Zwei-Geschlechter-Ordnung.
- Das (allgemeine) Unrecht der Schließung von Identitäten (bei But-

ler: „Macht“) und der daraus resultierenden Exklusion.

Von daher geht es – folgen wir Butler – bei queerer Politik um ein Bündnis all derjenigen, die sich den herrschenden Normalisierungs- und Identitätszwängen entziehen. Sie startet bei der Kritik an der Heteronormativität, landet aber bei einer grundsätzlichen Kritik an der Schließung von Identitäten. Um die Formulierung von Marx aufzunehmen, verübt die patriarchale Gesellschaft an queeren sexuellen Identitäten nicht nur ein besonderes Unrecht, sondern ein Unrecht „schlechthin“. Freilich schlägt Butler dann einen anderen Weg als Marx ein, um aus diesem Befund die Eckpunkte einer subversiven Politik zu entwickeln. Doch Butler und Marx gleichen sich in der Art, wie sie ihre Hoffnungsträger für gesellschaftliche Veränderung stilisieren. Butler übt eben nicht nur Kritik an bestehenden Diskriminierungen. Die queere Bewegung soll einen Prozess der ständigen Irritation, der Befragung hegemonialer Normen und Identitäten in Gang setzen, der sich nie vollends erschöpfen kann. Der Kampf gegen Diskriminierungen erhält mit dieser Denkbewegung im Rücken einen Überschuss, der den Ansatz queerer Politik von der Geschlechterfrage hin zu einer generellen Gesellschaftskritik führt. Nicht nur spezifische Unterdrückungsverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaftsformation, sondern generell jede Norm muss sich danach befragen lassen,

„Queere Politik ist in dem Sinne etwas wie die zeitgemäße Wiederaufnahme einer anti-autoritären Politik.“

wen oder was sie wie exkludiert. Queere Politik ist in diesem Sinne etwas wie die zeitgemäße Wiederaufnahme einer antiautoritären Politik. Queere Politik zielt nicht darauf ab, neue, bessere hegemoniale Normen zu installieren; sie ist der „Geist, der stets verneint“: die institutionalisierte Normkritik.

3. Mit der Aufnahme einer solchen Herrschaftskritik macht queere Politik auf einen Umstand aufmerksam, den schon die Soziologie Max Webers und die poststrukturalistische Machtanalyse Michel Foucaults freigelegt hatten: Dass die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse auch auf einem relativ eigenständigen Prozess der Staats- und Verwaltungsbildung zurückgehen, die teilweise noch vor dem Siegeszug der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einsetzen. Vom 16. Jahrhundert an bildete sich schrittweise ein Netz an Staatsapparaten, eine Verwaltungsstaatlichkeit heraus, die das gesellschaftliche Leben als Ganzes reguliert, etwa in den Bereichen der Grenzziehungen zwischen den Staaten, der Gesundheit, des Gefängnisses, der Aufrechterhaltung der Heteronormativität usw. Hier liegen die Wurzeln der Normalisierungspraktiken der Verwaltung, die den Durchschnitt zum Mantra erklärt. Freilich geht dieser Staatsbildungsprozess irgendwann eine Verbindung zum entstehenden Kapitalismus ein. Eine Kritik an diesen Herrschaftstechniken des modernen Staates erfordert allerdings eigene Ressourcen der Kritik, etwa die eingangs genannten poststrukturalistische Machtanalyse, die Bürokratiekritik oder Kritik an einem bestimmten formalen Ra-



tionalitätstyp, den die frühe Frankfurter Schule mit dem Begriff der „instrumentellen Vernunft“ fasste. All das fehlt im Parteiprogrammentwurf von DIE LINKE. Dies ist vor allem deshalb problematisch, da DIE LINKE als Partei ja maßgeblich im Bereich des Staates und seines politischen Systems operiert. Sie ist Systempartei, hat aber offensichtlich keine Vorstellung davon.

4. Dieser Aspekt erscheint für eine zeitgemäße Aufnahme des demokratischen Sozialismus bedeutsam. Die Kritik am real existierenden Sozialismus entzündet sich schließlich vor allem daran, dass er ein repressives System hegemonialer Normierung darstellte. Dies ist ein Punkt der Sozialismuskritik, der bisher nur unzureichend artikuliert wird: Die einen kritisieren (zu Recht) die DDR aufgrund mangelnder Rechtsstaatlichkeit. Die anderen halten den real existierenden Sozialismus für irgendwie legitim, aber in der ökonomischen Durchführung für kritikwürdig. Eine queere Politik radikalisiert die erste Position dahingehend, dass sie den real existierenden Sozialismus auch deshalb verwirft, da er keinen Platz für Abweichung und Kritik bereithielt, sondern auf ein repressives Normierungsregime mit Übermacht von Bürokratie und Partei hinauslief. Daran ändert auch das tolle Bildungssystem nichts; gerade hier wurden ja die

Grundsteine für die allseits gebildete sozialistische Persönlichkeit gelegt: Eben nicht nur egalitär, sondern vor allem konformistisch. Wer einen offenen, demokratischen Sozialismus will, muss sagen, wie er es mit Staat, Bürokratie und hegemonialen Normierungsprozessen hält.

Umgekehrt lässt sich ein ähnliches Argument gegen ein rein sozialdemokratisches Politikverständnis vorbringen. Das Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie hielt die SPD nicht davon ab, ihr Politikverständnis vom Durchschnitt her zu imprägnieren. Die Logik: Wir bringen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung im Staat und politischen System zur Geltung. Die politische Partei erscheint vor allem als Instrument, um das gesunde Volksempfinden im politischen System abzubilden. Nun gibt es vielleicht sogar einzelne Aspekte, in denen das gesunde Volksempfinden nicht irrt. Gleichzeitig entzieht eine solche Position aber das gesunde Volksempfinden der Kritik. Die hegemonialen Normen der Gesellschaft – Sicherheit, Familie und kleines Glück – werden in dieser Perspektive immerzu vom konservativen Machtblock ignoriert, nicht hinreichend umgesetzt usw. Solch ein politischer Ansatz vermag sogar tagespolitisch einleuchten. Sie zum Konzept schlechthin zu erheben und mit normativer Dignität auszustatten, läuft einer sozialistischen

„Wer einen offenen, demokratischen Sozialismus will, muss sagen, wie er es mit Staat, Bürokratie und hegemonialen Normierungsprozessen hält.“

„Eine entscheidende Frage sozialistischer Transformation ist fraglos, wie sie mit Kritik und Abweichung umgeht.“

Organisierung entgegen. Menschen sollen in ihr ja dazu befähigt werden, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu durchschauen und zu kritisieren. Hier scheint ein erstes Handlungsfeld queerer Politik innerhalb von DIE LINKE durch: Einen stetigen Einspruch gegen die Politik vom Durchschnitt her zu erheben, in deren Fahrwasser Systemparteien mit dem Ziel der Stimmenmaximierung notwendigerweise geraten.

5. DIE LINKE ist Teil des politischen Systems der BRD und damit Teil des Staates. Sie muss sich bei Wahlen um Stimmenmaximierung bemühen und deshalb Zugeständnisse an hegemoniale Normen und Selbstverständlichkeiten machen. Sie muss Opposition bündeln und ins politische System einspeisen. Und sie muss – als politische Partei – immer eine „Wir-Identität“ schaffen, die sie von anderen abgrenzt: Wer nach allen Seiten hin offen ist, ist nicht ganz dicht. Queere Politik kann sich nicht organisch in dieses Ensemble einordnen.

6. Es besteht eine Gefahr in zwei Sackgassen: Es wäre möglich, queere Politik fachpolitisch auf eine Art Gleichstellungspolitik zu reduzieren. Primäres Ziel einer solchen Gleichstellungspolitik sind alternative, progressivere Normen. Queere Politik im Sinne Butlers bspw. ist das nicht. Doch der Umkehrschluss führt ebenso nicht weiter. Denn die zweite Sackgasse besteht in einer Nischenstrategie: Queer also ernst, vielleicht zu ernst nehmen, und immer wieder dieselbe Leier auf Parteitagungen über Heteronormativität usw. vortragen. So produziert man Noise, der leider im politischen Machtkampf verpufft.

Beides – Gleichstellungspolitik und geduldiges Argumentieren für einen queeren politischen Ansatz sind notwendig – bleiben aber unter den Potentialen queerer Politik innerhalb von DIE LINKE. Hier sind neue Handlungsfelder zu entdecken.

7. Queerer Sozialismus nimmt das Selbstverständnis queerer Politik im Butlerschen Sinn auf und bezieht sie auf den Handlungsrahmen der Partei DIE LINKE. Dies ist nicht ohne weiteres plausibel. Eine Systempartei ist sicherlich nicht der privilegierte Ort einer radikalen Systemkritik, wie sie queerer Politik vorschwebt. Doch genau dieses Spannungsfeld kann queere Politik innerhalb von DIE LINKE auch interessant und wirkungsvoll machen. Wo gibt es denn schon mal die Möglichkeit, Systemkritik effektiv ins System einzuschreiben? Die Systemkritik muss an das System allerdings so adressiert werden, dass das System auch real irritiert bzw. verändert wird.

8. Queerer Sozialismus könnte der Platzhalter für einen demokratischen Sozialismus sein, der als offener Sozialismus ein positives Verhältnis zur Kritik an hegemonialer Normierung unterhält. Damit wendet er sich gegen ein Sozialismuskonzept, dass sich darauf konzentriert, alte hegemoniale Normen wieder aufzunehmen oder neue zu schaffen. Eine entscheidende Frage sozialistischer Transformation ist fraglos, wie sie mit Kritik und Abweichung umgeht.

9. Queerer Sozialismus versucht immer wieder dann zu intervenieren, wenn es dazu kommt, dass die Konstruktion von „Wir-Identitäten“ und die politische Abbildung hegemonialer Interessen nicht mehr als politisch hergestellter, kontingenter Prozess daherkommt. Es ist nicht Aufgabe queerer Politik, die Herausbildung einer „Wir-Identität“ in einer politischen Partei anzuklagen. Es ist Aufgabe, dafür zu kämpfen, dass diese „Wir-Identität“ sich immer wieder für neue Anliegen öffnen kann. Und es ist Aufgabe, in diesem Konstitutionspro-

zess darüber aufzuklären, dass eine sozialistische Partei sich nicht damit abfinden kann, hegemoniale Normen einfach nur abzubilden.

10. Konkreter müsste es darum gehen, einen queeren Politikansatz so auszubuchstabieren, dass er auch für normale Parteimitglieder interessant (vielleicht nicht anschlussfähig!) wird. Es gilt den allgemeinen, emanzipativen Gehalt queerer Politik in den Mittelpunkt zu stellen und den Beitrag, den queere Politik für eine demokratisch-sozialistische Politik leisten kann (siehe Thesen 1 bis 4). Dafür gilt es, an linke Traditionslinien anzuknüpfen, die bisher im Selbstverständnis von DIE LINKE nicht hinreichend zur Geltung kommen. Wie wäre es etwa ein antiautoritäres Selbstverständnis stärker im Programmwurf einzubauen und entsprechende Quellen (Mai 1968, antiautoritäre Linke usw.) hervorzuheben? Schließlich ist die Installation einer systematischen innerparteilichen Bildungsarbeit eine *conditio qua non* für eine queere Politik. Für einen gegenhegemonialen Politikansatz ist es notwendig, dass sich die Partei im stärkeren Maße als eine Aufklärungs- und Bildungsbewegung versteht. Denn sonst spiegelt sie ausschließlich bestehende hegemoniale Normen. Auch wäre das ein Weg, um die Queer-Diskussion der Partei zu verbreitern. Queerer Sozialismus in DIE LINKE könnte so eine Antwort darauf geben, wie queere Politik jenseits der Universitätsstädte in die Regionen vordringt. Judith Butler goes lbbenbüren.

den neoliberalismus ernst nehmen

Eine Perspektive, die Geschlecht und Sexualität nicht als abgeleitete Strukturmerkmale betrachtet

In diesem Beitrag stellen wir einer für die Partei typischen Sicht, nämlich dass die Krise der Fordismus einseitig aus der Sicht des Kapitals erklärt wird, eine Betrachtung entgegen, die die Krise auch aus den vielen Kämpfen gegen den rigiden Charakter fordristischer Vergesellschaftung erklärt. Ganz besonders an der Frage von Sexualität und Geschlechterverhältnissen wird deutlich, dass die Zeit der sozialen Marktwirtschaft auch für die Subjekte nicht nur eine goldene Ära war und die Krise des Modells sozialer Marktwirtschaft sogar auch aus dem aktiven Ausbrechen aus dem Modell einer monogamen Kleinfamilie in den 1968 folgenden Bewegungen zu erklären ist. Für die Programmdiskussion hat dies weitreichende Folgen: Ein einseitiges zurück zu einer neokeynesianistischen Politik hat nicht nur ihre Grenzen in den veränderten Bedingungen der Kapitalakkumulation, sondern bedeutet auch ein zurück hinter die Kämpfe der neuen sozialen Bewegungen. Als eine moderne und demokratisch-sozialistische Partei müssen wir die Errungenschaften dieser Bewegungen zu unserer Position machen und anerkennen, dass die derzeitige Gesellschaftsordnung nicht nur die Folge eines Klassen-

„Ein einseitiges zurück zu einer neokeynesianistischen Politik hat nicht nur ihre Grenzen in den veränderten Bedingungen der Kapitalakkumulation, sondern bedeutet auch ein zurück hinter die Kämpfe der neuen sozialen Bewegungen.“

kampfes von Oben ist, sondern für die Subjekte selbst in vielen Punkten auch eine Befreiung darstellt.

Im Entwurf des Programms der Partei DIE LINKE wird der Sozialabbau der letzten drei Dekaden wie folgt charakterisiert:

„Die Idee einer „sozialen Marktwirtschaft“ war eine Antwort [...] auf die Kämpfe starker Gewerkschaften, antikapitalistischer Bewegungen und sozialdemokratischer, sozialistischer und kommunistischer Parteien. [...] Das Modell funktionierte, solange schnelle Produktivitätsfortschritte und hohe Wachstumsraten die Profite der großen Unternehmen stabilisierten und starke gewerkschaftliche und demokratische Gegenmächte existierten. [...] Der Kapitalismus kehrte zu seiner Normalität zurück, einschließlich periodisch auftretender Krisen- und Stagnationsphasen. [...] Die neoliberale Wende seit den 1970er Jahren diente vor allem dem Ziel, die Profitrate der großen Konzerne nach oben zu treiben.“

Kurz gesprochen: Wir haben es heutzutage mit einem „entfesselten“, einem „normalen“ Kapitalismus zu tun. Diese Entwicklung wird seltsam passiv beschrieben, als eine Entwicklung, die primär der Profitsteigerung des Kapitals diene.

Wir denken, dass diese Perspektive unzureichend ist, denn sie zeigt uns nicht, was die Ära der „sozialen Marktwirtschaft“, das westdeutsche Modell des Fordismus, so erfolgreich gemacht hat und was sie an ihre Grenzen bracht hat.

Der Fordismus oder auch das „goldene Zeitalter“ setzte sich in den hoch



Bodo Niendel

Dipl. Politikwissenschaftler, im Vorstand von Queer Nations e.V. und Berliner CSD e.V., Gleichstellungs- und Queer-Referent der Bundestagsfraktion DIE LINKE sowie wiss. Mitarbeiter im Bundestagsbüro Dr. Barbara Höll.



Jörg Schindler

39, arbeitet als Rechtsanwalt in Berlin und Wittenberg. Ortsvorsitzender der LINKEN Wittenberg sowie Mitglied im Kreistag und im Stadtrat Wittenberg. Zudem Mitglied der Redaktion der Zeitschrift prager frühling.

entwickelten Industrieländern ab den 1920ern durch. Der Namenspatron für den Fordismus war die Fließband-Produktion des Ford T, also einem Auto, was erstmals als Massenkonsumgut erschwinglich war. Dieses Akkumulationsregime basierte auf stark standardisierter Massenproduktion und -konsumtion von Gütern und Waren. Die starke Entindividualisierung der lebendigen Arbeit, ihre Entfremdung, war einerseits produktiv, andererseits bereits von Beginn an konfliktvoll, da sie die Beschäftigten in starkem Maße sozial und emotional belastete. Die ArbeiterInnen per se einzuhegen, machte eine starke korporatistische „Beteiligung“ in Form von Sozialpartnerschaft erforderlich. Starke Gewerkschaften, relativ ungebrochene Arbeitsbiographien, weitestgehende Vollbeschäftigung sowie eine relativ hohe Lohnquote am BIP waren erforderlich, auch um die Nachfrage der Massenkonsumprodukte anzukurbeln. Der „Traum der immerwährenden Prosperität“ setzte auf einen technizistischen Fortschrittsoptimismus (Atomkraft) und eine nahezu grenzenlose Vernutzung (natürlicher) Ressourcen. Die Staaten des Südens waren abhängig gehaltene Rohstofflieferanten.

Charakteristisch ist in diesem Zusammenhang das Alleinernährermodell als heterosexuelle Einverdienerehe, die einerseits durch die Lohnhöhe, andererseits durch den Normalarbeitstag (nine-to-five-job) ermöglicht wurde. Erstmals konnten ArbeiterInnen umfangreich konsumieren; es gab nicht nur Brot und Spiele, sondern Auto, Farbfernseher und manchmal war auch ein Reihenfertighaus drin.

Das männliche Ernährermodell basierte auf einer industriellen Arbeit, die unter den Bedingungen der korporatistischen Aushandlungen den Kernbelegschaften ein gesichertes und relativ hohes Einkommen garantierte – und damit einen hohen Konsum sowie die Finanzierung einer Familie (in Abhängigkeit) ermöglichte.

„Deshalb ist es zweifelhaft, ob die Beschreibung des Programmwerfs, die letztlich eine Neuauflage eines Fordismus zum Inhalt hat, attraktiv für die und durchsetzungsfähig in den Massen ist.“

Familie und eine konsumorientierte Freizeit diente der Reproduktion des heterosexuellen männlichen Arbeitersubjekts. Durch den Familienlohn wurde sichergestellt, dass die Frauen ihren zugewiesenen hausfraulichen Pflichten nachgehen konnten. Eine Mutter-/Kind-Ideologie, die auf biologistische Konstruktionen zurückgriff, stützte ein asymmetrisches Verhältnis, bei der die Frauen zwar gesellschaftlich in ihrem Hausfrauendasein geachtet waren, aber dennoch von den Stätten der wertschaffenden Arbeit verbannt wurden.

Die rigide und straffe Arbeitsform der Produktion mit Stechuhr und Kontrolle durch den Vorgesetzten fand ihr Pendant in der reglementierten Kleinfamilie, in der patriarchale Dominanz und Kinderaufzucht strikt normiert waren. Die Schwulenverfolgung der 1950er und 1960er Jahre korrespondierte insofern eben mit der fordistischen Produktionsweise. Normabweichendes Verhalten von Frauen wie von Männern war bei Strafe untersagt; Männer durften von ihrer Ehefrau den Geschlechtsverkehr einfordern. Jugendliche Sexualität musste von den Fürsorgeberechtigten unterbunden werden. Schwule Männer wurden verhaftet und inhaftiert. Mehr als 50.000 Schwule wurde zwischen 1949 bis 1969, also in der Hochphase der fordistischen Ära, inhaftiert. Etwas anderes als eine heterosexuelle Form der Beziehung war weder mit der Sexualmoral vereinbar noch vorstellbar.

Gramsci beschreibt die Herausbildung monogamer (heterosexueller) Beziehungen im Fordismus wie folgt:

„[...] der Arbeiter, der nach einer ausschweifigen Nacht zur Arbeit geht, ist kein guter Arbeiter, der Überschwang der Leidenschaft verträgt sich nicht mit der zeitgemessenen Bewegung der Maschinen und der menschlichen Produktionsgesten.“ (Gef 3, Heft 4 §52, 531)

Der teilweise kulturevolutionäre Aufbruch nach 1968 und die dadurch hervorgerufenen tiefgehend neuen Alltags- und Lebensmöglichkeiten der Subjekte veränderten die westlichen Gesellschaften grundlegend. Die Frauenerwerbsarbeit stieg an; Frauen traten den Männern nun auf dem Arbeitsmarkt verstärkt als Konkurrentinnen gegenüber. Neue Berufszweige entwickelten sich, in denen Frauen ihr Recht auf Erwerbsarbeit und denselben gewerkschaftlich zugesicherten Lohn wie Männer einforderten. Berufsbilder verschoben sich.

Ermöglicht wurde die Sprengung der Ketten der Kernfamilie durch die neuen Formen der Arbeitsverhältnisse und die Rebellion der Subjekte, die damit die Geschlechterverhältnisse grundlegend veränderten. Dieser sowohl erkämpfte wie auch den Kapitalerfordernissen passförmige Wandel prägte die Struktur des Postfordismus grundlegend. Widerständige Subjekthandlungen drückten sich auch kollektiv in einer starken Frauen-, Lesben- und Schwulenbewegung aus. Frauen traten in die Öffentlichkeit und drängten zumindest einen Teil der patriarchalen Dominanz zurück.

Der Feminismus in all seinen Schattierungen, auch die Lesben- und Schwulenbewegung, nahmen Einfluss auf die Gesellschaft. Andere Formen einer geschlechtlichen Subjektivität wurden durch die Infragestellung einer einheitlichen Sexualität durch die rebellischen Handlungen der Subjekte lebbar und später auch institutio-

nell neu gefasst. In den verschiedenen Rechtsformen, wie dem Miet-, Steuer-, Erb- und Ausländerrecht, wurde den neuen Lebensweisen zumindest partiell Rechnung getragen.

„Die durch die Frauenbewegung vorangetriebene Delegitimierung der Möglichkeit, Hausfrau als Beruf für eine menschliche Entwicklungsmöglichkeit zu halten, fiel zusammen mit einem neuen aus der Entwicklung des Kapitalismus kommenden Schub ihrer Infragestellung.“ (Frigga Haug 2001: 1208 HKWM)

Die Produktionsverhältnisse wirken also keineswegs determinierend auf die Geschlechterverhältnisse und die sie bedingenden Subjektformen ein. Im Gegenteil dazu sind die Geschlechterverhältnisse ebenso Voraussetzung für die Prägung der Produktionsweise. Es ist noch nicht lange her, da war es für zwei erwachsene Männer kaum möglich, gemeinsam eine Wohnung zu mieten. Das heißt: Widerständige und deviante Formen von Männlichkeit und Weiblichkeit sowie einer Geschlechtlichkeit zwischen und jenseits dieser beiden Pole wirken ein auf das, was innerhalb der Produktionsweise vorstellbar und lebbar ist.

Trotz konkreter Projekte bestimmter politischer Entscheidungen handelte es sich dabei um einen gewissermaßen „schleichenden“ politischen Prozess. Dieser wurde zwar teils als Bedrohung, vielfach aber von Beschäftigten selbst durchaus auch als Befreiung von dem fordistischen Hierarchie- und Entfremdungsprozess, der sozusagen zur „emotionalen Verblödung“ führte, wahrgenommen und dementsprechend auch begrüßt. Die Krise der SPD sowie der Gewerkschaften, der Verlust deren Gesamtvertretungsfähigkeit und das Aufkommen neuer Bewegungen seit den 1960ern sind hierfür Beispiele. Deshalb ist es zweifelhaft, ob die Beschreibung des Programmwurfs, die letztlich eine Neuauflage eines Fordismus zum Inhalt hat, attraktiv für die und durch-



setzungsfähig in den Massen ist. Das heißt nicht, dass die Reorganisation bestimmter „fordistischer“ Regulationsmodi per se nicht anzustreben wäre. Dennoch sind aus der Krise und den Grenzen des Fordismus, insbesondere bzgl. der Individualität, aber auch bzgl. der Geschlechterverhältnisse, z.B. dem Alleinernährermodell als lebenslang feste Biografie, Schlüsse zu ziehen. Eine sozialistische und demokratische Emanzipationsperspektive heißt hier: Die Rebellion der Subjekte und die Veränderung der Arbeitswelt muss eben auch positiv verstanden werden.

Um es ganz deutlich zu sagen: Den Fordismus – mit seinen Zwängen und seiner geschlechtlichen sowie sexuellen Normierung – wollen wir nicht zurück haben. In Abgrenzung zum Programmwurf formulieren wir also: Der Fordismus wurde nicht in einen Neoliberalismus überführt, weil dies dem Kapital diene. Dies tat es auch. Es war aber eben keine passive Entwicklung. Die Menschen wollten anders leben. Dieses Streben wurde dann wiederum warenaformig und klassenspezifisch eingeeht.

das kapitalverhältnis

Ein Machtverhältnis unter vielen? Geschlechterverhältnisse, Kapital und Arbeit



Dr. Klaus Lederer

Jg. 1974, MdA, Landesvorsitzender DIE LINKE. Berlin, DIE LINKE.queer, Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Gegenstand des theoretischen Workshops war es auszuleuchten, inwieweit mit der Konzentration auf das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in der modernen kapitalistischen, bürgerlichen Gesellschaft Herrschaftsverhältnisse umfassend und richtig beschrieben sind. Der Entwurf des Parteiprogramms fokussiert stark auf eine ökonomistische Determinierung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse. Wo haben da Geschlechterverhältnisse und feministische Gesellschaftskritik Raum?

In Eingangsbeiträgen stellten Caren Lay und Stefan Kalmring ihre Sicht auf die Dinge dar. Für Caren Lay macht sich die zu enge Perspektive des Entwurfs an der Reduzierung des Arbeitsbegriffs auf Lohnarbeit fest. Es sei zwar richtig, Geschlechtergerechtigkeit auch im (Lohn-)Arbeitsleben zu thematisieren. Die Diskriminierung der Geschlechter greife jedoch weiter, etwa bei der „Externalisierung“ von Reproduktionskosten in die Gesellschaft. Sie verwies auf die von Frigga Haug angemahnte Blickweitung über den engeren ökonomischen Produktionsprozess hinaus. Stefan Kalmring vertieft diese Kritik. Aus seiner Perspektive führt der Weg, den der Programmentwurf weist, nicht in eine radikaldemokratische Gesellschaftsveränderung. Er soll lediglich die Vollendung und Weiterentwicklung der bürgerlichen Gesellschaft (unter Modifikation von Produktivismus, Wachstumsfetisch, ökonomisches Rationalitätskalkül) bewirken. Individuelle und gesellschaftliche Befreiung werden nicht zueinander gebracht. Diese Verkürzung prägt auch den Blick auf Geschlechterverhältnisse. Die materielle Grundlage der bürgerlichen Geschlechterordnung wird nicht analysiert; anstelle von Emanzipation tritt folglich die liberale Gleichstellungs-

forderung. Konsequenterweise sind die Herrschaftsunterworfenen aus Sicht der EntwurfsautorInnen auch keine selbstbewussten AkteurInnen, sondern sie werden als Objekte und NutznießerInnen der Durchsetzung von für sie „stellvertretend“ formulierter und durchzukämpfender Forderungen betrachtet.

In der anschließenden Debatte wurde die Beziehung zwischen Kapitalverhältnis und anderen Unterdrückungsverhältnissen weiter herausgearbeitet. Das Klassenverhältnis als verdinglichtes Herrschaftsverhältnis prägt in dominanter Weise die gesellschaftliche Entwicklungsdynamik. In expansiver Weise treibt es die Inwertsetzung immer neuer gesellschaftlicher Sphären voran und verallgemeinert den Zwang zur Lohnarbeit. Insoweit trägt es auch die Tendenz in sich, andere historische Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse, die stärker personal geprägt sind, aufzulösen oder seinen Notwendigkeiten entsprechend zu modifizieren, zu überlagern und aufzugreifen, und als globales Herrschaftsverhältnis in einen globalen Zusammenhang einzupassen. Diese „Neukonfiguration“ erfährt auch das Geschlechterverhältnis. In der Verbindung der Kämpfe für Geschlechteremanzipation und sexuelle Vielfalt auf der einen und der Befreiung vom Lohnarbeitszwang können die verschiedenen Widersprüche und ihr Zusammenhang auf-

„Kritik am Kapitalverhältnis und Kritik an anderen Herrschaftsbeziehungen stehen also nicht zusammenhanglos nebeneinander.“



gegriffen und thematisiert werden. Kritik am Kapitalverhältnis und Kritik an anderen Herrschaftsbeziehungen stehen also nicht zusammenhanglos nebeneinander. Es gilt, die Zusammenhänge aufzudecken und damit ihre emanzipatorische Dimension wieder freizulegen, zu stärken und zu nutzen. Anschaulich wird das bei der Neuorganisation des Arbeitsmarktes, in der verschiedene Erscheinungen von gesellschaftlicher Reproduktion – „neue Selbständigkeit“, freiwilliges soziales Engagement, „Bürgerarbeit“ und informelle Ökonomie – in der Überwindung der seit den 1970er Jahren anhaltenden strukturellen Verwertungskrise das Geschlechterverhältnis neu ordnen, durch Margi-

nalisation und Prekarisierung, durch Überwälzung gesellschaftlicher Kosten, gerade auf Frauen. Das hat durchaus Folgen für die emanzipatorischen Kämpfe, für neue Allianzen und Bündnisse, für eine Strategie der Gesellschaftsveränderung, die an den konkreten Lebensbedingungen der Menschen anknüpfungsfähig ist. Diesen Blick gilt es in das Programm einzubringen.

„Es gilt, die Zusammenhänge aufzudecken und damit ihre emanzipatorische Dimension wieder freizulegen, zu stärken und zu nutzen.“



klasse, geschlecht, gesellschaftskritik

Sinn und Unsinn von Programmdebatten



Stefan Kalmring

wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestagsbüro von Yvonne Ploetz; letzte Buchveröffentlichung: Olaf Gerlach/Marco Hahn/Stefan Kalmring/Daniel Kumitz/Andreas Nowak: Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika, Dietz-Verlag, Berlin, 2010.

Gewöhnlich votieren BürgerInnen für oder gegen eine Partei aufgrund ihrer allgemeinen Überzeugung von der jeweiligen „Richtigkeit“ eines Politikan-satzes. Sie schätzen die Kompetenz der Vertreterinnen der verschiedenen Parteien kritisch ein und bewerten ihre besonderen Macht- und Gestaltungs-perspektiven. Diese Beurteilungen beruhen meist nicht oder kaum auf einer Lektüre von Programmen.

Eine wichtige demokratietheoretische Rolle spielen Debatten über Parteiprogramme dennoch. Sie sind für den inneren Selbstverständigungsprozess der Parteimitglieder von Relevanz. Sie bieten einen wichtigen Anlass für eine Auseinandersetzung über die politische Selbstverortung einer Partei und ihrer Strömungen. Dabei ist der Prozess der Debatte wichtiger als das konkrete Ergebnis. Denn das gedruckte Ergebnis besitzt, wie gesagt, für die Tagespolitik nur eine randständige Bedeutung.

Ohne Zweifel ist die Notwendigkeit von Selbstverständigungsdebatten im Prinzip unter den Mitglieder von DIE LINKE unumstritten. Dennoch ist die eigene Bereitschaft, sich dem „zwanglosen Zwang des bessern Arguments“ (Jürgen Habermas) vorbehaltlos auszusetzen, gewöhnlich begrenzt. Gerade auf Seiten vieler Parteilinker befürchten einige, dass Positionen einer Diskussion um den Programmentwurf zum Opfer fallen könnten, deren Eingang sie mühsam erstritten haben und die für eine radikale Gesellschaftskritik stehen – ein Beispiel dafür, dass dem publizierten Wort größeres Gewicht zugeschrieben wird, als der unabdingbaren Debatte.

Ihre diskursive Scheu überrascht, haben sie doch gewöhnlich im Grundsatz gehaltvolle Argumente

vorzuweisen. Sie legen Wert auf Kapitalismuskritik, auf die Forderung nach anderen Produktionsverhältnissen, die eine Verbindung von Sozialismus und Demokratie erlauben, und sie beharren regelmäßig darauf, dass ein linkes Parteiprogramm auf den Füßen der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie zu stehen habe.

Die zweifellos vorhandenen Schwächen des Programmentwurfs sind seinem latenten bis offenen Traditionalismus geschuldet. Bezugnahmen auf Marx oder eine allzu kapitalismuskritische Grundhaltung sind ihm nicht, wie manche ParteireformerInnen äußern, anzulasten. Die Misere des globalisierten Kapitalismus spricht eine deutliche Sprache und fordert eine fundamentale Kritik ein: Man denke an die kapitalistische Naturzerstörung, ökonomische Instabilitäten, autoritärstaatliche und kriegerische Tendenzen, der weltweite Hunger und eine sich verschärfende soziale Polarisierung in den kapitalistischen Zentren.

Rückgriffe auf Marx sind ebenfalls geboten, denn er erschließt uns die globalen, geschichtsmächtigen und widersprüchlichen Eigenheiten des Kapitals, verweist auf Fragen von Klassenherrschaft und erlaubt es uns, die bürgerliche Gesellschaft als ein „strukturiertes Ganzes“ (Louis Althusser) zu begreifen, in der unterschiedliche soziale Praxisformen – ökonomische, politische, ideologisch-kulturelle – miteinander verwoben sind. Marx bearbeitet viele Fragestellungen, die der Ausbildung sozia-

„Kritikwürdig am Entwurf ist jedoch sein massiver Traditionalismus.“



listischer Programmatiken eigen sein sollten.

Kritikwürdig am Entwurf ist jedoch sein massiver Traditionalismus. Der kritikwürdige Traditionalismus des Entwurfs zeigt sich an mehreren Punkten: Gesellschaftsveränderung wird nicht im Sinne eines „Aufsprengens des historischen Kontinuums“ (Walter Benjamin) verstanden. Sie wird eher als einer Vollendung und Weiterentwicklung bestimmter Prinzipien und Merkmale der kritisierten bürgerlichen Gesellschaft gesehen. Der anvisierte demokratische Sozialismus soll den liberalen Wachstumsfetischismus, Produktivismus und seine Zweckrationalität lediglich modifizieren. Demokratie wird nicht als radikale Selbstverwaltung der ProduzentInnen interpretiert, sondern rein parlamentarisch, wenn auch ergänzt um runde Tische, Betriebsbeteiligungen und Volksentscheide. Staat und Technik gelten nicht sozial formbestimmt. Angeblich gesellschaftlich „neutral“, glaubt man sich ihrer vorbehaltlos sozialistisch „bedienen“ zu können.

Die Stärkung individueller Rechte wird im Entwurf großgeschrieben. Eine dem Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gleichgestellte Widerspruchskonstellation zwischen bürgerlicher Menschenrechtsnorm und einer menschenrechtlich katastrophalen Wirklichkeit sucht man aber vergebens. Die Forderung nach dem „aufrechten Gang“ (Ernst Bloch) muss aber basaler Bestandteil sozialistischer Programmatiken sein – gerade auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Realsozialismus.

Die Erörterungen des Neoliberalismus sind im Entwurf kenntnisreich. Eine Analyse des flexibilisierten Kapitalismus ersetzen sie aber nicht. Neue Produktivkräfte, wie die des Computers oder der Nanotechnologie, Verschiebungen in den Klassen- und Geschlechterlandschaften, der Umbau von Staatlichkeit oder die Veränderungen im globalen Nord-



Süd-Gefälle müssen begrifflich durchdrungen werden, wenn zeitgemäße Strategien und Projekte entwickelt werden sollen. Wer sind heute die Subjekte gesellschaftlicher Veränderungen? Welcher Hebel können sie sich bedienen? Auf welche Schwierigkeiten werden sie stoßen? Antworten hierauf liefert der Entwurf nur unzureichend. Ein starker eurozentrischer Einschlag ist zudem kaum zu übersehen. Der Kapitalismus wird nicht als ein Weltsystem gedacht, in dem sich Metropolen und Peripherien in Abhängigkeit voneinander entwickeln und in dem politische Konzepte für eine Region Folgen für andere haben werden. Sozialistische Programme sollten global ausgerichtet sein.

Die ökologischen Grenzen der kapitalistischen Produktion werden eloquent diskutiert. Die unauflösbare Verbindung von sozialer und ökologischer Problematik wird aber nicht genügend gesehen. Klasse, Geschlecht und Rassismus prägen den kapitalistischen Stoffwechsel mit der Natur und bedingen damit eine deutliche Ungleichverteilung ökologischer Risiken. Das Wechselspiel dieser drei sozial strukturierenden Herrschaftsformen bleibt außerdem weitgehend ungeklärt.

Individuelle und soziale Befreiung werden kaum zusammengedacht. Im Wesentlichen setzt man auf StellvertreterInnenkonzepte, bei denen

Eliten für Subalterne Reformprojekte entwickeln und implementieren. Als selbstaktive Akteure werden die Subalternen allenfalls ergänzend berücksichtigt. Infolge wird die Aufgabe einer sozialistischen Veränderung der Alltagskultur ebenso unterschätzt wie die Bedeutung der Ausbildung solidarökonomischer Wirtschaftsformen oder partizipativdemokratischer Organisationsformen der Politik.

Im Programmentwurf findet sich ein klassenpolitischer Überhang, aber als klassentheoretisch kann dieser nicht gelten, da die entsprechenden Begrifflichkeiten fehlen. Man ist eher der Tradition der akademischen Schichtsoziologie der 1950er Jahre verpflichtet. In ihrem Sinne wird z.B. behauptet, dass man am besten „an der zunehmend ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen ablesen“ (DIE LINKE 2010: 7) könne, dass wir „noch“ in einer Klassengesellschaft leben.

Das Bild einer neuen Unübersichtlichkeit wird in den letzten Jahren gerne herangezogen, um Klassenanalysen für obsolet zu erklären. Antiquiert sei der Klassenbegriff, da sich die alten Klassenmilieus aufgelöst hätten und vielfältige Merkmale soziale Ungleichheit bedingen würden. Zunächst einmal richtig beobachtet, tangieren beide Punkte den unterliegenden Klassencharakter unserer Gesellschaft keineswegs. Klasse ist

zunächst ein Kürzel für das zentrale soziale Ausbeutungsverhältnis und für den „Kampf um das Surplusprodukt“ (Jürgen Ritsert). Die Bestimmung lebensweltlicher Bezüge und von relativ homogenen Großgruppen mit ähnlichem Erfahrungshintergrund erfolgt schlicht auf einer anderen Abstraktionsebene der Betrachtungen von sozialer Wirklichkeit. Die Neue Ungleichheitsforschung vermischt die analytischen Ebenen und übersieht, dass die Bestimmung der Ausbeutungsbeziehung am Sockel der Gesellschaft immer auch für die konkreten Milieus zentral bleibt.

Auch geschlechtsspezifische Diskriminierungen werden im Entwurf allenfalls beschrieben, aber nicht gefasst. Dafür müsste aus sozialistisch-feministischer Perspektive das Verhältnis von bürgerlicher Warenproduktion und Reproduktionsarbeit sowie die Systematik unbezahlter Zuarbeit von Frauen zum Ausgangspunkt gewählt werden. Die Forderungen des Entwurfs nach einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nach dem Abbau von Lohndiskriminierungen und nach mehr Frauen in Spitzenpositionen sind selbstverständlich richtig. Sie dringen aber nicht an die materielle Wurzel der bürgerlichen Geschlechterordnung, obwohl erst diese klärt, warum die Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen im Kapitalismus so zählebig ist.

Das alte feministische Streben nach Emanzipation wird zudem auf eine liberale Forderung nach Gleichstellung verengt. Frauenpolitik wird nicht als Hebel einer Überwindung vielfältiger Abhängigkeitsverhältnisse über eine Umgestaltung der Geschlechterver-

hältnisse verstanden. Stattdessen konzentriert man sich auf eine Verbesserung der Zugangsbedingung von Frauen an den Märkten und einen Ausbau ihrer rechtlichen Mittel. Falsch ist das nicht. Es handelt sich aber um eine begrenzte und einseitige Ausrichtung von Frauenpolitik, die zudem fast ausschließlich relativ privilegierten Mittelklassefrauen in den Metropolenländern zu Gute kommen wird (vgl. Ploetz/Kalmring 2010).

Die alte These von einem Hauptwiderspruch und einem oder mehreren Nebenwidersprüchen ist politisch immer falsch. Soziale Befreiung wird nur in einem gleichberechtigten Bündnis von Arbeiterinnenbewegung, Frauenbewegung, antirassistischen Initiativen und der Ökologiebewegung zu erstreiten sein. Dieser Punkt verdiente im Entwurf größeren Nachdruck.

Bei der theoretischen Rekonstruktion von Ungleichheit durch das Zusammenspiel von Klasse und Geschlecht ist es aber sinnvoll, Klasse als „vorgängig“ (Ursula Beer) zu betrachten. Klasse ist zwar nicht „vorrangig“ aber analytisch „vorgängig“, da das bürgerliche Klassenverhältnis besonders geartet ist. Es handelt sich um ein versachlichtes Herrschaftsverhältnis, das über Märkte und insbesondere über den Kauf und Verkauf von Arbeitskraft hergestellt wird. Als versachlichtes Verhältnis verfügt es über eine geschichtlich einzigartige Dynamik. Seine atemberaubend expansive Kraft lässt den Zwang zur Lohnarbeit allgemein werden. Andere soziale Verhältnisse und Produktionsformen werden durch das Kapitalverhältnis entweder aufgelöst oder aber, wie das historisch ältere Geschlechterverhältnis, den Ansprüchen des Kapitals entsprechend überformt. Vorhandene Ungleichheiten werden von Kapitalverhältnis aufgegriffen und nutzbar gemacht. Das Kapital wirkt damit aber auch als Kraft, die einen globalen sozialen Zusammenhang herstellt, verschiedene Widersprüche und Herrschaftsformen in ein Zusammenspiel bringt und damit auch die verschiedenen Kämpfe miteinander verbindet.

Anschaulich wird die überformende Energie des Kapitalverhältnisses z.B. im südlichen Afrika, wo die in der Regel von Frauen geleistete Subsistenzarbeit in ein Arbeitsmarktmodell einverleibt wird, das auf Wanderarbeit setzt und systematisch Lohnkosten an den Subsistenzsektor abwälzt. Anschaulich wird dies auch am Beispiel der „Hausfrauisierung der Arbeit“ (Claudia von Werlhof). Seitdem das Kapital seit den 1970er Jahren in einer strukturellen Verwertungskrise steckt, erleben wir in den Metropolen eine massive Aufwertung von Hausarbeit, Bürgerarbeit, freiwilliger sozialer Arbeit und einer informellen Ökonomie. Sie dient dazu, die Erstellung von infrastrukturellen und sozialen Produktionsvoraussetzungen – einschließlich der Reproduktion der Arbeitskräfte – über nicht oder schlecht bezahlte Arbeit neu zu organisieren. Da die entsprechenden Arbeiten primär von Frauen übernommen werden, ordnet sich auch das Geschlechterverhältnis neu. Das Kapital verbessert seine Verwertungsbedingungen, indem es Teile der gesellschaftlichen Arbeit peripherisiert und/oder in schlecht oder überhaupt nicht bezahlte Arbeitsverhältnisse ausgliedert – auf Kosten vieler Frauen.

Sowohl die Thematisierung von Klasse als auch von Geschlecht im Programmentwurf ist aber noch von einer anderen Warte aus zu kritisieren. Sie ist objektivistisch, klassifikatorisch und von „außen“ formuliert. ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen, Arbeitslose und Frauen werden primär als Verelendende thematisiert, nicht als selbstbewusste Akteure mit Wünschen, Erfahrungen und Hoffnungen, die politische Lernprozesse durchlaufen und eigene Forderungen formulieren. Diese werden für sie und in ihrem Namen erhoben. VertreterInnen der Antiglobalisierungsbewegung, von basisorientierten Betriebsratsinitiativen im Callcenterbereich oder StadtteilaktivistInnen werden auf diese Weise kaum zu gewinnen sein.

„Die alte These von einem Hauptwiderspruch und einem oder mehreren Nebenwidersprüchen ist politisch immer falsch.“

frauenpolitik und so gedöns

Geschlechterverhältnisse in der Programmdebatte

Anlässlich der Vereidigung des Kabinetts 1998 äußerte Gerhard Schröder seinen Satz von der „Frauenpolitik und so Gedöns“. Hier konnte vielen Linken schon klar sein, wohin die Reise geht. Vor allem würde es um die „harten“ Politikfelder gehen; alles andere wären bestenfalls Spielwiesen. Wenig später wurde das Schröder/Blair-Papier „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ veröffentlicht, das für die folgende Regierungszeit wegweisend wurde bis hin zur sozialdemokratischen Erosion 2004/05. Damit wurde die Talfahrt der Sozialdemokratie eingeleitet. Als DIE LINKE müssen wir daraus Lehren für unsere Programmdebatte ziehen. Der Kernfehler des Schröder/Blair-Papieres liegt darin, dass es sich nur auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft konzentriert. Eines aber ist im ganzen Text unauffindbar: das Leben der Menschen in all seiner Vielfalt. Als DIE LINKE sollten wir jedoch genau das zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen machen: Es geht um ein Leben in Freiheit und Menschenwürde für alle.

Natürlich - um auf die Eingangsfrage zu kommen - ist das Kapitalverhältnis kein Verhältnis unter vielen. Es ist eines der bestimmendsten Herrschaftsverhältnisse unserer Gesellschaft. Das bestreitet in einer demokratisch-sozialistischen Partei

wohl niemand. Der Streitpunkt ist, ob sich aus dem Kapitalismus alle anderen Herrschaftsverhältnisse ableiten lassen. Die Auffassung, dass sich das menschliche Leben auf die Ökonomie reduzieren lässt, führt in die Irre. Entweder man landet wie die SPD im neoliberalen Lager. Doch auch ein orthodox-marxistischer, traditionell antikapitalistischer Ansatz führt nicht weiter.

Linke Politik muss sich grundsätzlich allen gesellschaftlichen Fragen zuwenden. Das kann nicht gelingen, wenn der Dreh- und Angelpunkt politischer Analyse der heterosexuelle männliche Industriearbeiter ist und bleibt. Denn wir kämpfen nicht nur für Veränderungen in diesem oder jenem Bereich, sondern des gesellschaftlichen Ganzen. Deshalb gibt es für uns keinen Bereich, der als Gedöns abzuqualifizieren wäre. Denn das hieße, Minderheiten und Nebenwidersprüche zu konstruieren und im Ergebnis immer weniger Menschen anzusprechen.

Der hier diskutierte Programmentwurf von DIE LINKE reflektiert zu wenig die herrschenden heteronormativen Sichtweisen. Lesben und Schwule tauchen grade mal unter dem Punkt Antidiskriminierung auf. Dass feministische Fragen zu kurz kommen, ist ebenfalls klar. Auf der Ebene konkreter Forderungen findet sich durchaus manch Fortschrittliches im Text: Der Anspruch auf Gleichstellung aller Lebensweisen, die Abschaffung des Ehegattensplittings sowie ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, genannt ist auch die Vier-in-einem-Perspektive. Bei aller berechtigten Kritik am Programmentwurf geht er auf dieser konkreten Ebene tatsächlich eher über das hinaus, was gegenwärtig in DIE LINKE State of the Art ist. Dennoch



Caren Lay

Jg. 1972, sozialisiert in der Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung. 2004 bis 2009 Mitglied des Sächsischen Landtages, stellv. Fraktionsvorsitzende von Linkspartei.PDS; 2007 bis 2009 Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag. 2006 bis 2007 Mitglied im Parteivorstand der Linkspartei.PDS, seit Juni 2007 Mitglied des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE; seit Oktober 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages; seit Mai 2010 Bundesgeschäftsführerin der Partei DIE LINKE.

„Als DIE LINKE sollten wir jedoch genau das zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen machen: Es geht um ein Leben in Freiheit und Menschenwürde für alle.“





gilt: Der Programmentwurf genügt einer feministischen und queeren Gesellschaftskritik und -perspektive nicht. Dass der Programmentwurf aus feministischer Sicht weiter entwickelt werden muss, war übrigens auch der Programmkommission klar. Schon alleine deshalb ist es legitim, jetzt an Veränderungen zu arbeiten.

Die fehlende Analyse aktueller Gesellschafts- und Geschlechterverhältnisse stellt dabei das größte Problem dar. Eine Analyse von Heteronormativität und Patriarchat kommt so gut wie nicht vor. Die Anerkennung anderer gesellschaftlicher Unterdrückungsverhältnisse neben der antikapitalistischen Perspektive ist jedoch unverzichtbar. Wir brauchen daher einen stärkeren Bezug auf die Frauenbewegung, einer der erfolgreichsten sozialen Bewegungen der Gegenwart. Gleiches gilt für den fehlenden Bezug auf den anhaltenden, doch erfolgrei-

chen Kampf von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern gegen Diskriminierung und für gesellschaftliche und sexuelle Befreiung.

Selbst dort, wo im Programmentwurf der Blick auf Geschlechterungleichheit gerichtet ist, ist dieser ökonomisch geprägt und verkürzt. Ein modernes linkes Programm muss sich vielmehr die im Grunde banale Erkenntnis der Frauenbewegung zu eigen machen, dass Patriarchat und Heteronormativität älter sind als der Kapitalismus und die Frage nach Herstellung von Geschlechtergleichheit sich nicht in der sozialen Frage erschöpft. Kapitalistische Wirtschaftsweise, patriarchale Verhältnisse, struktureller Rassismus und Heteronormativität sind eigenständige, sich überlagernde Herrschaftsverhältnisse. Den Mut zu diesem differenzierten Blick auf die Verhältnisse sollte DIE LINKE haben.

Immerhin wird der Normvorstellung vom männlichen Alleinernährer im Entwurf eine Absage erteilt. Jetzt gilt es, unsere Vorschläge danach zu befragen, ob sie nur aus einer männlichen, heterosexuellen Perspektive gedacht sind oder auch der Lebensrealität von Frauen gerecht werden. Ein Beispiel ist die Rentenpolitik: Die angestrebte „Erwerbstätigenversicherung“ (statt einer „BürgerInnen-

versicherung“ und existenzsichernden Grundrente) ist strukturell vor dem Hintergrund des männlichen Normalarbeitsverhältnisses gedacht und daher nicht geeignet, Altersarmut von Frauen oder auch von prekär Arbeitenden jedweden Geschlechts zu verhindern. Wir brauchen vielmehr eine auskömmliche Mindestrente für jeden Menschen.

Im Programmentwurf heißt es symptomatisch für die Erwerbsarbeitsfixierung: „Die Grundlage für die Entwicklung der Produktivkräfte ist heute und auf absehbare Zeit die Erwerbsarbeit.“ Eine kritische Analyse der Reproduktionsverhältnisse fehlt. Insgesamt erweckt der Entwurf den Eindruck, dass quantitative Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit sowie gleicher Lohn für gleiche Arbeit alles sind, was DIE LINKE zu diesem Thema anzubieten hat. Demgegenüber ginge es darum, Arbeiten jenseits der „klassischen“ Erwerbsarbeit überhaupt zu sehen, Arbeitszeitverkürzung als Grundbedingung einer anderen Geschlechterordnung jenseits tradierter Arbeitsteilung zu markieren und Perspektiven jenseits der „Arbeitsgesellschaft“ zu entwickeln.

Auch in der Beschreibung der linken Zielperspektive „demokratischer Sozialismus“ ist der Entwurf genderblind. Hier rächt sich die mangelnde Analyse: Wo kein Verständnis der gegenwärtigen Geschlechterverhältnisse vorhanden ist, kann keine allgemeine Emanzipationsperspektive für die Gesamtgesellschaft erarbeitet werden. Das jedoch brauchen wir.

„Die Anerkennung anderer gesellschaftlicher Unterdrückungsverhältnisse neben der antikapitalistischen Perspektive ist jedoch unverzichtbar.“



partizipation und kampf um gleiche rechte

Ein transformatorisches Projekt? Workshopbericht

Der Fokus des Workshops richtet sich auf die Fragestellung, ob bestehende politische Instrumente wie beispielsweise die Frauenquote, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz oder das Transsexuellengesetz eine tatsächliche demokratische Teilhabe an den bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen ermöglichen können und damit auch über die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse hinausgegangen werden kann.

Einleitend appelliert Anna Rinne, im Programm ein sozialistisches Gesellschaftsprojekt zu verankern, welches eine queerfeministische Reflektion bestehender kapitalistischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse als einen zentralen Bestandteil von Politik- und Gesellschaftsanalyse betrachtet und integriert. Queere Politik und Lebensweisen als Teil der Demokratisierung der Gesellschaft zu betrachten, muss das Ziel eines Programmprojekts und demnach auch Gesellschaftsentwurfes von DIE LINKE sein. Im Programmentwurf kommt die Partizipationsfrage von Menschen mit LGBTI-Lebensweisen und -entwürfen (d. h. Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle sowie Transgender) so gut wie gar nicht zum Tragen. Gar keine Erwähnung finden Inter- oder Transsexuelle und Transgender.

„Queere Politik und Lebensweisen als Teil der Demokratisierung der Gesellschaft zu betrachten, muss das Ziel eines Programmprojekts und demnach auch Gesellschaftsentwurfes von DIE LINKE sein.“

Menschen mit LGBTI-Lebensweisen erfahren konkrete wirtschaftliche Benachteiligungen. Dies sollte ebenfalls in den Blick genommen werden. So verlieren beispielsweise 80 % der transsexuellen Menschen in der Phase der Angleichung ihres Körpers an ihr empfundenes Geschlecht ihren Arbeitsplatz. Zudem leben sie häufig an oder sogar unter der Armutsgrenze, wie eine Studie von 2008 zeigt (siehe www.diskursiv.at). Darüber hinaus erfahren aber auch alternative Familienentwürfe wie Regenbogen- und Patchworkfamilien zu wenig Beachtung im Programmentwurf. Für eine Transformation der Gesellschaft hin zu einer gleichberechtigten Teilhabe sind jedoch auch Theoriearbeit und Begriffsbildung unabdingbar. Insofern besteht die Aufgabe nicht nur darin, Handlungsmaßnahmen zu überlegen, sondern auch parallel Begriffsbildung zu leisten, wie die Neuformulierung des Klassen-, Familien-, Reproduktions- und Produktions- oder des Demokratie- und Politikbegriffs. Hierbei müssen LGBTIs sowie Frauen mitbedacht werden und mitdiskutieren können. Queerfeminismus sollte demnach genauso als Teil des Klassenkampfes wie auch der sozialistischen Transformation der Gesellschaft betrachtet werden, also nicht als so genannter Nebenwiderspruch in einer marginalisierten Schublade in Vergessenheit geraten.

Im Anschluss wirft Kolja Möller in seinem Vortrag die Frage auf, was das Transformatorische an einem queeren Projekt ist und ob ein solches Projekt überhaupt transformatorisch sein muss. Hierbei nennt er vier Dimensionen, die für ein solches Projekt zentral sind und im Programm nicht fehlen sollten: Erstens den Kampf um gleiche Rechte als Biopolitik, d. h. die Formulierung einer Kapitalismuskritik, zweitens den



Anna Rinne

28, studiert Angewandte Kulturwissenschaften in Lüneburg sowie Soziologie, Philosophie und Politikwiss. in Frankfurt/Main (Schwerpunkte: Gender u. Queer Studies, Kritische Theorie). Bis 2011 war sie Sprecherin des AK Gender&Identitäten der RLS, zudem engagiert sie sich u.a. bei Die Linke.queer, der GEW, Gr*I*P Hamburg und denkraeume.blog.de (Lüneburg). Kontakt: anna.rinne@gmx.de



queer DIE LINKE.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE.queer ist ein Zusammenschluss von Menschen im Umfeld der LINKEN, die Patriarchat und andere Herrschaftsverhältnisse auflösen wollen. Wir wollen Normierungen abschaffen und uns für die Gleichstellung von Menschen aller Identitäten, sexueller Orientierungen und Lebensweisen einsetzen. Unsere Grundsätze der Gleichberechtigung aller Menschen wollen wir theoretisch fundieren und praktisch umsetzen. Für uns sind soziale Gleichheit und individuelle Freiheit untrennbar verbunden. Deshalb beteiligen wir uns an gesellschaftlichen Debatten und wirken innerhalb und außerhalb der LINKEN.

www.die-linke-queer.de

info@die-linke-queer.de

Anzeige

Kampf um Menschenrechte, drittens die Bemühung um Transformationsstrategien, die bewegungsorientiert sind, d. h. die stärkere Einbeziehung von sozialen Bewegungen, und viertens eine inhaltliche Bestimmung dessen, was zu einer Transformation führen kann und wie letztere konkret ausgestaltet ist.

Christian Schenk beginnt seinen Vortrag mit der Anregung, eine Begriffsdefinition von Partizipation und Transformation vorzunehmen. Die Frage nach dem Konflikt zwischen reformorientierten und radikaleren, also an den Wurzeln arbeitenden Veränderungsvorschlägen ist das Kernproblem einer jeden Politik und gewinnt auch bei der Frage nach einer gesellschaftlichen, sozialistischen Transformation eine zentrale Bedeutung.

Ogleich die Frauenquote und das Gesetz zur Fundierung eingetragener LebenspartnerInnenenschaften die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse nicht in aller Gänze infrage stellen, haben sie dennoch begrenzte trans-

formatorische Wirkungen. Im Falle des Transsexuellengesetzes, das transsexuellen Menschen ermöglicht, ihren Vornamen oder ihr Geschlecht in Ausweisdokumenten zu ändern, ginge ein reformistischer Ansatz jedoch nicht über das Bestehende hinaus und hätte somit keine transformatorische Wirkung. Hingegen kann die Forderung nach der Abschaffung des Transsexuellengesetzes, die einen radikalen Bruch mit vorhandenen Vorstellungen von Geschlechtsidentitäten darstellt, durchaus eine das Bestehende verändernde Wirkung haben, wenn sie auch nicht zwingend mit parlamentarischen Mehrheiten rechnen kann. Für eine transformatorische Wirkung müssten bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein: die Fähigkeit der politischen AkteurInnen, die Inhalte einer solchen Forderung verständlich zu kommunizieren, eine konkrete Skizzierung der Schritte hin zu dem gesteckten Ziel und eine Frustrationstoleranz.

Eine schlüssige Strategie zur Veränderung der gegenwärtigen Gesellschaft fehlt im Programmwurf.

Beide Ansätze, ob Reformen des oder radikale Brüche mit dem Bestehenden, werden in der politischen Praxis gegeneinander diskutiert. Sinnvoller wäre es, diese beiden Ansätze nicht antagonistisch zu betrachten, sondern als feste Bestandteile einer Doppelstrategie zur Veränderung von Gesellschaft zu begreifen. Zudem sollte es zu einer Vermeidung von Ausschlüssen kommen. Eben nicht in eine Politik für bestimmte Minderheiten zu verfallen, also neue Gruppenrechte zu installieren, sondern Options- und Freiräume für alle zu ermöglichen, sollte das Ziel sein. Eine Kategorisierung unterschiedlicher Aufgaben gegenüber den zu unterstützenden Gesellschaftsgruppen in Haupt- und Nebenwidersprüche ist hierbei nicht zu diesem Ziel führend.

In der sich anschließenden Diskussion wird die Frage nach einer Strategie zur Lösung des Problems einer gleichberechtigten Teilhabe aller an den bestehenden Produktions-, Eigentums-, Macht-, und Gesellschaftsverhältnissen ohne gleichzeitiges Verbleiben in Einzelinteressenperspektiven unterschiedlicher identitärer Gruppen weiter zugespitzt. Eine Antwort wird mit der Anregung formuliert, verschiedene Herrschaftsverhältnisse zusammenzudenken. Anknüpfend an die Forderung einer queerfeministischen Analyse der gesellschaftlichen Machtverhältnisse sollte der Chauvinismus beispielsweise als ein übergreifendes, verschiedene identitäre Aspekte unterdrückendes Herrschaftsverhältnis benannt werden, das mit anderen Herrschaftsverhältnissen (u.a. Klasse, Ethnizität, Geschlecht, Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung, Nationalität,

Behinderung) zusammenhängt und diese wechselseitig bedingt.

Das sich bei dem Verzicht auf Identitätspolitik auftuende Problem des Aufbrechens der in der Gesellschaft vorherrschenden Heteronormativität – der Norm der heterosexuellen Beziehungsgefüge und der starren, lediglich zweigeschlechtlichen Geschlechterstereotype – bei gleichzeitigem Verzicht auf eine Identitätspolitik einzelner qua einer oder mehrerer Unterdrückungskategorien zusammenhängender Gruppen wird mit dem Vorschlag der Bedürfnisorientierung beantwortet, was meint, die sozialen Bewegungen stets aktiv einzubeziehen.

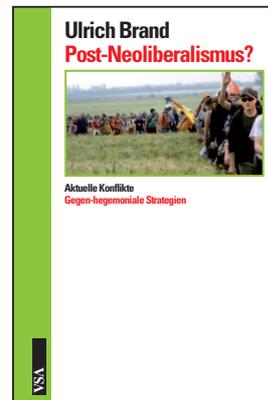
Im Programm gilt es also, Queerfeminismus und Kapitalismuskritik zusammen zu denken. Dies kann mit einer

Arbeit an den vorhandenen Begriffen und den dahinterstehenden Theoriegebilden gelingen, also auch der konkreten inhaltlichen Bestimmung, wie eine gesellschaftliche Transformation aussehen soll. Ferner gilt es, Unterdrückungskategorien und Herrschaftsverhältnisse zusammenzudenken, sich stärker durch z.B. die Einbeziehung sozialer Bewegungen an den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren, Menschenrechte vermehrt zu thematisieren und darüber hinaus auch ein zunehmendes Gehör für radikalere Ansätze zu entwickeln, die häufig in den parlamentarischen Debatten zu wenig Beachtung bekommen. Gleichzeitig sollten die inhaltlichen Vermittlungsmöglichkeiten dieser Ansätze (z.B. durch politische Bildungsarbeit innerhalb und außerhalb der Fraktion und Partei DIE LINKE) verbessert werden.

VSA: Bücher für soziale Bewegung



Alex Demirović/Julia Dück/Florian Becker/Pauline Bader (Hrsg.)
VielfachKrise
 Im finanzmarktdominierten Kapitalismus
 In Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac
 240 Seiten; € 16.80
 ISBN 978-3-89965-404-2
 Die Analyse der Krisenprozesse soll die Verbindung und verstetigte Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen in verschiedenen Krisenfeldern fördern.



Ulrich Brand
Post-Neoliberalismus?
 Aktuelle Konflikte – Gegenhegemoniale Strategien
 224 Seiten; € 13.80
 ISBN 978-3-89965-424-0
 Unter dem Begriff des »Post-Neoliberalismus« werden Brüche, aber auch Kontinuitäten in der aktuellen Krisenbearbeitung gefasst – auch zugunsten einer präzisen Einschätzung der emanzipatorischen Perspektiven.



Petra Ganser/Kerstin Jerchel/Andrea Jochmann-Döll/Karin Tondorf
PraxisHandbuch Gleichbehandlung
 Ungleichbehandlung vorbeugen – Rechte nutzen – Gleichstellung herstellen
 416 Seiten, Hardcover, vierfarbig; € 24.80
 ISBN 978-3-89965-435-6
 Ein Handbuch zur Aufdeckung, Vorbeugung und Verhinderung von Ungleichbehandlungen im Arbeitsleben zwischen Frauen und Männern.

„Beide Ansätze, ob Reformen des oder radikale Brüche mit dem Bestehenden, werden in der politischen Praxis gegeneinander diskutiert.“



www.vsa-verlag.de

bürgerlich? bürgerrechtlich!

Politik für nichtheterosexuelle Menschen ist seitens der Linken stets als Identitätsringen in eigener Sache missverstanden worden. Eine Kritik



Jan Feddersen

Jg. 1957, war mit seinem Coming-Out 1977 Teil der westdeutschen Schwulenbewegung, er organisierte den ersten deutschen CSD in Bremen 1979 mit. Momentan ist der Journalist und Soziologe Redakteur der TAZ in Berlin.

Der erste Text in einem linken politischen Zusammenhang, der sich nicht nur gönnerisch, nicht allein bündnisweiternd gerierte, war ein Artikel in der Zeitung Arbeiterkampf im Jahre 1979, der mit „Diktatur der Normalität“ betitelt war. Es war, neben der Kritik an heteronormativen Sichtweisen, auch eine an der damals sogenannten „Nusskuchenfraktion“, die eine linke Politik bereits dann mit Leben erfüllt sah, wenn ein Mann ein weibliches Textil sich ankleidet, wenn schwule Männer beieinander sitzen und über ihre Gefühle reden, wenn neben allem Psychologischen weiteres programmatisch für kostbar gehalten wurde, andere von einer eher spontaneistisch Lebensweise zu überzeugen. Es war, aus heutiger Sicht, eine Schrift auch gegen die Normalität eines Politikverständnisses linksradikaler Prägung, die sich nicht auf den Kampf für Rechte verstand, sondern hauptsächlich für eine „weichere Welt“, wie es auch beim Kongress „Homolulu“ in Frankfurt am Main gepriesen wurde.

An gewissen linken Politikverständnissen hat sich seither nur marginal etwas geändert: Man träumt vom Utopia einer Gesellschaft, die die Ehe abgeschafft sehen möchte, die die biologischen Dispositionen für Kleinigkeiten hält, was sich in der libidinös anmutenden Verliebtheit in Transgenderanliegen ausdrückt, sowie einer Art des Zusammenlebens, die von Kontinuität absieht und das fluide Spektrum von Freundschaftlichkeit in den Stand allgültiger Lebensweise hebt. Konkret drückte sich dieses Politikverständnis in einer Aversionsvokabel aus: „Bürgerlich“ war alles, was einem nicht in den Kram passte; bürgerlich zu leben, das war schon die Ehe, das war die Zweierbeziehung, der man das Lob auf Promiskuität entgegenstellte – die

Ikone war die Lesbe, die sich nicht mehr lesbisch nennt, die Ikone war nicht der Homosexuelle, der auf seine Weise irgendwie über die Runden kommen möchte, das aber in einem Klima des Antihasses im Verhältnis zu Homosexuellen. Bürgerlich – bloß das nicht!

Linke Politik – nicht im Übrigen seitens der Homosexuellen, die in der DKP organisiert waren, die bevorzugten weitgehend performative Dezenz – nahm sich nicht Fortschritte in der marktwirtschaftlich verfassten Gesellschaft vor, sondern bevorzugte eine Art Identitätspolitik, die auf die Verwirklichung der eigenen Gefühle setzte, nicht auf die Durchsetzung von Politiken im öffentlichen Raum. Linke Politik kritisierte Anfang der Neunzigerjahre die realpolitisch orientierten Mühen des LSVD und beharrte auf das diffus organisierte Kommunikationsnetz des Bundesverband Homosexuelle; dort hatte man Mehrheiten, wenn nur auf informelle Weise, denn der BVH hatte keine Bündnispartner im Bundestag, der LSVD bei den Grünen umso stabiler.

Alle homopolitischen Fortschritte in der Bundesrepublik sind gegen Linke errungen worden, nicht mit ihr. Die damalige PDS war sich in der Ablehnung des Lebenspartnerschaftsgesetzes in der Mehrheit einig – und traf sich insofern strikt mit den rechtschristlichen Kadern der Union im Bundestag. Ein schönes Bündnis war das, garantiert aber, bolschewistisch

„Alle homopolitischen Fortschritte in der Bundesrepublik sind gegen Linke errungen worden, nicht mit ihr.“

gesprochen, keines, das Linken würdig gewesen wäre.

Worauf es ankommt, ist, zwischen bürgerlich und bürgerrechtlich ohnehin zu unterscheiden. Linke Politik setzt nicht auf die persönliche Veränderung der Lebensstile – wobei beim Bier am Stammtisch auch dies agitatorisch sanft erwogen werden könnte –, sondern gramscianisch gesprochen, auf die Durchdringung der gesellschaftlichen Sphären mit der Idee, das Homophobe für inakzeptabel zu erklären. Und hat diese Strategie nicht auch gut geklappt? Die CDU/CSU kann mit Homophobem keine Wahl gewinnen – auch dies ein Resultat eines gesellschaftlichen Goodwills, den Homosexuelle jenseits der Linken haben befördern können.

Was genau bürgerlich ist, mag jedeR selbst entscheiden – bürgerrechtlich meint jedoch die Perspektive, Rechte aller BürgerInnen zu erweitern, zu verfeinern – bis hin zur völligen Gleichstellung mit Heterosexuellen.

Anders gesagt: Auf die Ehe kann man nur verzichten, wenn man das Recht auf diese hat. Linke Politik hat sich allzu stark auf Psychologisierung versteift – worauf es aber forthinig ankäme, wäre, die letzten Bastionen des Heteronormativen sanft und hartnäckig zu schleifen. Mit einem Kurs, der den CSD nicht als kommerziell blödiatisch geißelt, sondern dessen Feld als das erkennt, worauf es Linken ankommen müsste: Sich wie Fische im Wasser tummeln und sich dem Säurebad der Kritik auszusetzen, nicht nur, etwa in Berlin, sich unter Freunden zu begeben wie beim Transgenialen CSD in Kreuzberg, dieses selbstrechthaberische Unterfangen, sich das reinlich-queere Dorf zu erhalten.

Linke Homopolitik muss erst klug erfunden werden. Es wird Zeit!

Jenseits des Wachstums?!

**Ökologische Gerechtigkeit.
Soziale Rechte. Gutes Leben.**

Eine Auseinandersetzung mit neuen Konzepten des Wirtschaftens und eine Diskussion über Alternativen zur Wachstumsgesellschaft sind dringend nötig.

Attac lädt deshalb mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Kongress „Jenseits des Wachstums?!“ Wir wollen Interessenkonflikte benennen, aber auch Wege für ein gutes Leben für alle in einer Gesellschaft ohne Wachstumszwang ausloten und dazu Strategien skizzieren.



20.-22. Mai '11 / TU Berlin
www.jenseits-des-wachstums.de

Anzeige



Impressum

prager frühling

★ MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS

Sonderausgabe in Kooperation mit DIE.LINKE.queer zur Dokumentation der Tagung „Geschlecht und Sexualität. Nur ein Nebenwiderspruch?“

Herausgeber:

Freundinnen und Freunde des Prager Frühlings e.V., c/o RA Schindler, Fischerinsel 10, 10179 Berlin

Redaktion:

Für diese Ausgabe: Bodo Niendel (verantwortlich im Sinne des Presserechts), Lena Kreck, Stefan Gerbing, Ingo Bader, Jörg Schindler

Redaktion prager frühling, c/o RA Schindler, Fischerinsel 10, 10179 Berlin

Telefon: +49 30 2067 1609

Fax: +49 30 2067 1622

Mail: info@prager-fruehling-magazin.de

Web: www.prager-fruehling-magazin.de

Gestaltung und Lektorat:

Ingo Bader

Bilder:

Die Urheberrechte der Bilder dieser Ausgabe liegen alle bei Burkhard Mannhöfer, www.queer-kopf.de, mit Ausnahme der AutorInnenportraits, die bei den entsprechenden AutorInnen liegen.

Abonnement:

Das Magazin prager frühling erscheint mit drei Ausgaben im Jahr (Februar, Juni, Oktober) im VSA Verlag mit ca. 60 Seiten je Ausgabe.

Bezugsbedingungen:

Einzelheft: 5 €, Jahresabonnement: 15 €, Soliabonnement: mindestens 30 €, Auslandsabonnement: 22 €

Einzel- und Abonnementsbestellungen gehen direkt an den Verlag. Zahlungen für beides bitte nur nach Erhalt der Hefte und Rechnungsstellung seitens des Verlages unter Angabe der Rechnungsnummer und -datum. Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten bis zum Ablauf des Abojahres.

Diese Sonderausgabe kann nicht bestellt, sondern vorläufig nur kostenlos als PDF heruntergeladen werden.

Spenden:

Spenden für das Magazin bitte auf das Konto des Vereins:

Freundinnen und Freunde des Prager Frühlings e.V.

Konto-Nr. 660 309 9878

Berliner Sparkasse

BLZ 100 500 00

neben wider sprüche...

...machen uns rasend.



Herrschaftsverhältnisse lassen sich nicht hierarchisieren. Deshalb diskutiert der prager frühling, was DogmatikerInnen nur ein Nebenwiderspruch ist.

Im aktuellen Heft:

Bildreportage: Queer-Szene in Mexico.
Feminismen: Lila Quark zum Frauentag?

Außerdem: Ziviler Ungehorsam und Dissidenz, wo endet die Integrationsfähigkeit des Kapitalismus? Mit Hans-Christian Ströbele, Silke van Dyk, Alexis J. Passadakis, Klaus Ernst, Mag Wompel und den Cowboys von Marlon Wobst.



prager frühling
* MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS